

Hainburg - Nachmittagsmeldung

Utl.: Regierung gegen Eskalation des Konflikts - Pattstellung in der
Au =

W I E N , 11.12. (apa) - Am zweiten Tag der Konfrontation zwischen Umweltschützern und Gendarmeriebeamten in der Stopfenreuther Au hat sich heute die Bundesregierung gegen eine Eskalation des Konflikts um das geplante Donaukraftwerk Hainburg und für eine österreichische Lösung ausgesprochen. Gleichzeitig wurde jedoch sowohl von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz als auch vom Innenminister Karl Blecha betont, daß die Demonstration und Belagerung der Baustelle durch Umweltschützer ungesetzlich sei. Der Kanzler stellte klipp und klar fest, daß das Kraftwerk gebaut wird, sich die Regierung aber bemühen werde, in Gesprächen dafür Verständnis zu finden. Der Innenminister solle über die erforderlichen Kräfte verfügen, damit die Arbeit weitergehen könne. Blecha ergänzte, die Exekutive müsse Sorge tragen, daß Recht Recht bleibt und daß gesetzwidriges Verhalten auch ein solches bleibt. ++++

Nachdem es bereits gestern in der Stopfenreuther Au im Zusammenhang mit dem Beginn der Rodungsarbeiten zu Zusammenstößen zwischen Umweltschützern und der Gendarmerie gekommen war, in deren Verlauf zwei Personen verletzt und drei Demonstranten vorübergehend festgenommen worden waren, ist es auch heute vormittag zu weiteren Zwischenfällen gekommen. Ein Gendarm zog sich dabei eine Armprellung zu. Gegen Mittag wurde dann sowohl von den Umweltschützern als auch von der Exekutive von einer "gespannten Ruhe" und einer gewissen "Pattstellung" zwischen den laut Innenministerium etwa 3.000 Manifestanten und den rund 200 Gendarmen gesprochen. Die Umweltschützer haben einen Autobusverkehr von Wien in die Au bei Hainburg organisiert und haben in der Ortschaft Stopfenreuth eine Art Zeltlager errichtet. Sie betonten wiederholt, ihren Kampf gegen das Kraftwerksprojekt auf friedliche Weise fortsetzen zu wollen.

Die Auseinandersetzungen haben heute zahlreiche Reaktionen ausgelöst. ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock befürwortete die Vereinbarung eines "Waffenstillstands", um eine weitere Konfron-

tation zu verhindern. Die Regierung sollte unverzüglich mit allen beteiligten Gruppen sprechen, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen. Sein Stellvertreter Busek meinte, Hainburg sei zu einer grundsätzlichen demokratiepolitischen Frage geworden, man sollte das Ergebnis des Volksbegehrens abwarten. Die stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Dr. Jolanda Offenbeck warf den grünen Gruppierungen vor, sich zu wenig um die Wünsche der Mehrheit zu kümmern. Das heiße nicht, sich diskussionslos fügen. Aber letztlich gebe es in einer Demokratie gewisse Spielregeln. (Schluß)dl